

Innovativ und flexibel.

Anforderungen an einen flexiblen und modernen Arbeitsmarkt.

Kleine und mittlere Betriebe sind der größte Arbeitgeber in Deutschland. Die Beschäftigung ist mit über 41 Millionen Erwerbstätigen auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Akuter Fachkräftemangel und zunehmend restriktivere Rahmenbedingungen wie auch weitere Regulierungsbestrebungen laut Koalitionsvertrag gefährden diesen Erfolg und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands. Gut ein Drittel der Mittelständler planen 2014 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, bereits jetzt haben über 85 Prozent Probleme bei der Besetzung offener Stellen. Die Weichen zur nachhaltigen Fachkräftesicherung müssen jetzt durch die richtigen gesetzgeberischen Rahmenbedingungen gestellt werden.

Arbeitsmarkt und Flexibilisierung

Flexibilisierung wahren: Mittelständische Unternehmen müssen bei der Anstellung von Arbeitnehmern zwischen verschiedenen Beschäftigungsformen wählen können. Werkverträge, Dienstverträge und Arbeitnehmerüberlassung sind wichtige Flexibilisierungsinstrumente und essentieller Baustein für mehr Dynamik im Arbeitsmarkt. Sie sichern den Zugang zu qualifizierten Fach- und Führungskräften, erleichtern den (Wieder-)Einstieg ins Arbeitsleben und müssen erhalten bleiben.

Scheinselbstständigkeit verhindern: Das Fehlen objektiver und verbindlicher Entscheidungskriterien zum Ausschluss von Scheinselbstständigkeit birgt eine hohe Rechtsunsicherheit und finanzielle Risiken für Unternehmen. Eine gesetzlich verbindliche Checkliste verhindert Scheinselbstständigkeit und schützt Unternehmer sowie Auftragnehmer. Dabei ist es notwendig, die unternehmerische Selbstständigkeit und Freiheit gesetzlich zu verankern. In einem sich wandelnden Arbeitsmarkt ist die Wirtschaft auf hochqualifizierte Freiberufler angewiesen. Regulierungen müssen sich auf schutzbedürftige Einkommensgruppen beschränken.

Arbeitgeberzusammenschlüsse (AGZ) fördern: Der Gesetzgeber muss eine explizite Rechtsgrundlage schaffen, um AGZ als Flexibilisierungsinstrument attraktiver zu machen.

Bürokratieabbau

Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge zurücknehmen: Zur Stabilisierung der Rentenversicherungsbeiträge 2006 eingeführt, ist die Rücknahme der Vorfälligkeit bei einem Jahresüberschuss von 15,8 Mrd. Euro in den Sozialversicherungen (2012) längst überfällig.

Fachkräftesicherung und demografischer Wandel

Ausbildung verzahnen: die Modularisierung der dualen Ausbildung ermöglicht die Vermittlung zeitgemäßer Inhalte sowie die Verzahnung der einzelnen Bildungssäulen und Praxisnähe.

Kooperationsverbot aufheben: Bildung ist eine nationale Gemeinschaftsaufgabe, daher muss eine Unterstützung der Länder durch den Bund wieder ermöglicht werden.

Bildungsinvestitionen nachhaltig gestalten: der Anteil der Bildungsausgaben an den öffentlichen Ausgaben (2012: 10,5 Prozent) muss auf den OECD-Durchschnitt (2012: 13 Prozent) angehoben werden. Gleichzeitig bedarf es klarer Evaluationskriterien und Sanktionsmechanismen für neue sowie bereits bestehende Investitionsprogramme, wie z.B. der Bildungsprämie.

Digitale Kompetenz fördern: Nur durch eine systematische und kontinuierliche Digitalisierung aller Bildungseinrichtungen können Fachkräfte auf die Anforderungen eines zunehmend digitalen Arbeitsumfelds vorbereitet werden.

Age-Management begünstigen: Arbeitsfähigkeit und Motivation der älter werdenden Belegschaft müssen durch variable Beschäftigungs- und Arbeitszeitmodelle sowie Fort- und Weiterbildungen aufrechterhalten werden, um sie als Fachkräfte am Arbeitsmarkt zu halten.

Mindestlohn

Ausnahmeregelungen einführen: für Auszubildende, Praktikanten und Minijobber bedarf es gesonderter Regelungen. Die Möglichkeit zum unbürokratischen Hinzuverdienst und der Sammlung von Arbeitserfahrung muss erhalten bleiben.

Rente

Flexibilität bei der Altersvorsorge wahren: Selbstständige benötigen bei der Altersvorsorge weiterhin Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Anlageoptionen. Das sichert Flexibilität und wird der betriebswirtschaftlichen Wirklichkeit gerecht. Für Existenzgründer müssen Übergangsregelungen gelten, um diese nicht finanziell zu überfordern.

Die Mittelstandsallianz verschafft kleinen und mittleren Unternehmen in der Politik das Gehör, dass sie entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung verdienen. Die mittelständisch geprägten Branchenverbände setzen sich gemeinsam für eine mittelstandsfreundliche Gesetzgebung in Deutschland und der Europäischen Union ein, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher KMU zu erhalten und zu stärken. In der Verbändelandschaft ist dieser Zusammenschluss einzigartig. Die Teilnehmer der Mittelstandsallianz eint der Wille, die für den Mittelstand dringenden Themen mit einer Stimme in die Politik zu tragen.

Die Mittelstandsallianz ist eine Initiative des BVMW.



Mittelstands
ALLIANZ
Eine Initiative des BVMW e.V.

 **BVMW**
Bundesverband
mittelständische Wirtschaft